

Fax 02171 - 4009 29

R. Kraneis, Mendelssohnstr. 44, 51375 Leverkusen

Rheinische Post
z.Hd. Herrn Schutz
Kölner Str. 19
51379 Leverkusen

2. Juni 2007
RK417999.WPD

Erhaltungssatzung Waldsiedlung
Ihre Berichte vom 31.05.2007 sowie 01.06.2007

Sehr geehrter Herr Schütz,

unter Bezug auf unser gestriges Telefonat, in dem ich Sie bat, die Fotounterschrift, die meine Person betraf, auf Ihrer Internetseite zu korrigieren.

Den Äusserungen der Bezirksvertreterin Frau von Bonin sowie denen von Frau Zlonicky der Stadt Leverkusen in Ihrem Artikel vom 31.05.2007 sowie auf der "Informationsveranstaltung" am 30.05.2007 und in Ihrer Berichterstattung vom 01.Juni 2007, ist zu widersprechen. Letzterer Bericht hat durch Verkürzungen ein tendenzielles Bild vermittelt, welches die Fakten verfälscht,

Hierzu die Fakten :

1. Bereits im Januar 2006 wurde durch den Leverkusener Anzeiger eine zum Teil tendenziöse Berichterstattung über die "unhaltbaren" (?) baurechtlichen und gestalterischen Entwicklungen in der Waldsiedlung gestartet, deren Wortwahl z.T. exakt denen der Verlautbarungen der grünen (!) Dame aus der Nachbarschaft glich. Diesen Tendenzen setzte ich mich in Leserbriefen zur Wehr, die auch gelegentlich veröffentlicht wurden.
2. Im August / September 2006 erfolgte durch Frau von Bonin eine Unterschriftensammlung, mit der u.A. eine **Erhaltungssatzung** zum Erhalt des Charakters der Waldsiedlung gefordert wurde. Das Ergebnis dieser Unterschriftensammlung wurde mit Schreiben vom 20.09.2006 von einer "Initiative Waldsiedlung 2006" an die Planungsbehörde der Stadt Leverkusen, Herrn Dr. Krajewski und Herrn Dr. Heintz gesandt. Frau von Bonin zeichnete u.a. auch für diese Initiative ! In einem Schreiben an alle Fraktionen im Rat und an Herrn Oberbürgermeister Kuchler vom 24.08.2006 habe ich vor einer geplanten Erhalt-

ungssatzung für die Waldsiedlung und deren Folgen, aufmerksam gemacht. Auch Frau von Bonin erhielt über ihre Fraktion die Ausarbeitung. Herr OB Kuchler antwortete mit Schreiben vom 29.09.2006, Eingang bei mir am 06.10.2006, in beruhigenden Worten auf meine Befürchtungen und Anregungen. Von einem Eingriff in die Eigentums- und Gestaltungsrechte der betroffenen Bürger über ihren Grundbesitz und die sofortige, nach Ratsbeschluss am 04.12.2006, zu erfolgende Veränderungssperre, war in diesem Schreiben kein Wort zu finden.

3. Die Planung- und Bauaufsicht der Stadt hat mit Datum vom 04.10.2006 die Beschlussvorlage R 697 mit einem Umfang von 21 Seiten erstellt und die Beschlussfassung durch den Rat auf der Ratsitzung am 04.12.2006 beantragt.
(Dies, nachdem die Fraktion der Grünen / Bündnis 90, die von Frau von Bonin exessiv vertreten wird, schon seit Jahren versucht, restriktiv die Vorgärten in der Waldsiedlung gesetzlich zu bestimmen und zu gestalten, um die Rechte der Grundstücksbesitzer zu übernehmen, nicht jedoch deren Verantwortlichkeiten und Haftung).
4. In einem Artikel des Leverkusener Anzeigers vom 28./29.10.2006 erklärte Herr Dr. Heintz, dass die Verwaltung nun einen Entwurf für die Erhaltungssatzung erstellt habe.
Mit Schreiben vom 04.11.2006 bat ich die Verwaltung um eine Kopie des Entwurfes der Erhaltungssatzung um mich sachkundig machen zu können.
Am 07.11.2006 (Dienstag) erhielt ich einen Anruf durch Herrn Müller des Planungsamtes, der mir mitteilte, er könne mir den Entwurf der Ratsvorlage **nicht aushändigen, da erst der Rat darüber zu beschliessen habe**. Ich wurde auf die Sitzung der Bezirksvertretung III am 23.11.2006 verwiesen. **Das war eine Informationsverweigerung !**
Montag, den 13.11.2006 bat ich Herrn Müller, mir die Gründe, mit denen er mir die Herausgabe der Beschlussvorlage verweigerte, schriftlich zu bestätigen. Daraufhin sagte er mir dann doch ein Exemplar zu, welches ich mir am 14.11.2006 im Elberfelder Haus in Wiesdorf abholen durfte. Bei der Empfangnahme stellte ich fest, dass der Vorgang als **“öffentlich”** gekennzeichnet war.
5. Am 20.11.2006 bat ich schriftlich um Rederecht auf der Sitzung der Bezirksvertretung III am 23.11.2006. Dieser Antrag wurde sowohl von Herrn Oberbürgermeister als auch dem Vorsitzenden der Bezirksvertretung III, Herrn Gietzen, abgelehnt.
6. Mit Schreiben vom 21.11.2006 erhielten alle Ratsfraktionen und - Mitglieder des Rates, der Leiter der Stadtplanung, Herr Dr. Heintz sowie der Bezirksvorsteher des Stadtbezirks III, Herr Rainer Gietzen, eine von den Ingenieuren Rolf und Detlev Kraneis kommentierte Analyse der Ratsvorlage R 697.

In dieser Arbeit vom 20.11.2006 wurden bereits alle heute aktuellen Fragen und Kritikpunkte angesprochen und die Adressaten auf die Folgen einer solchen Erhaltungssatzung hingewiesen. Auch der Leverkusener Anzeiger erhielt ein Exemplar zur Kenntnis. (Wir fügen ein Exemplar bei, da Sie diese Ausarbeitung nicht erhalten haben. Die Anlage geht Ihnen gesondert mit der Post zu).

7. Auf der Sitzung der Bezirksvertretung III am 23.11.2006 stellte die CDU den Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung der Vorlage an den Rat. Der Vertagungsantrag wurde mit Stimmengleichheit 6 für, 6 dagegen, abgelehnt. Unter den ablehnenden auch die Stimme von Bündnis 90 / Die Grünen im Beisein der nicht stimmberechtigten Bezirksvertreterin Frau von Bonin, (die also trotz Wissens über die Rigidität der Beschlussvorlage diese befördert hat. Der Versuch, in Ihrem Artikel vom 31.05.2006, die Sache anders darzustellen, ist unredlich (!) und entspricht nicht den Tatsachen). (2007)
8. Der Rat der Stadt beschloss auf seiner Sitzung am 04.12.2006 die von der Verwaltung geforderte Beschlussfassung zu vertagen und veranlasste erst einmal eine Bürgerinformation.
9. Einen Tag später, am 05.12.2006, äussert sich Herr Dr. Heintz erstmalig zu meinem Schreiben vom 21.11.2006 und offerierte mir "ausreichende Gelegenheit zur Erörterung der Anregungen auf der durch den Rat beschlossenen Bürgerinformation". (Herr Dr. Heintz ist auf der am 30.Mai 2006 stattgefundenen Bürgerinformationsveranstaltung nicht erschienen - warum ?).
10. Anfang 2007 verteilte die Bürgerliste eine Ablichtung der Beschlussvorlage R 697 in der Waldsiedlung und lud zu einer Bürgerversammlung zum 16.01.2007 ein.
11. Auf Einladung des Herrn Oberbürgermeisters zu einer Bürgersprechstunde, konnte ich am 08.02.2007 in einem Gespräch mit Herrn Küchler unter Hinweis auf meine Erfahrungen in dieser Sache meine Besorgnisse in punkto Umgang der Verwaltung mit ihren Bürgern vortragen.
12. Die Einladung zur Bürgerinformationsveranstaltung erfolgte im Amtsblatt der Stadt vom 07.05.2007. (Diese Informationsquelle erhält kein betroffener Bürger der Waldsiedlung. Weitere offizielle Bekanntmachungen sind mir nicht bekannt geworden).
13. Mit Schreiben vom 20.Mai 2007 habe ich wiederum alle Mitglieder des Rates auf die grundsätzlichen Problematiken der vorgesehenen Erhaltungssatzung aufmerksam gemacht und die Fraktionen gebeten, sich auf der Informationsveranstaltung der Stadt selber zu informieren.

14. Über die Teilnehmerzahl an der Versammlung werden unterschiedliche Angaben gemacht, die RP meldet 500, der Lev.Anz. nur 200. Es werden wohl ca. 350 gewesen sein.

Die Veranstaltung begann mit einem Vortrag von Frau Slonicky und Herrn Müller, der bald eine Stunde dauern sollte, ohne dass die Vortragenden auf die wesentlichen Knackpunkte eingingen. Insbesondere der Versuch, darzustellen, die Bürger in das Verfahren "fair" (!) einzubeziehen, sorgte für erhebliche Unruhe und Zwischenrufe, da inzwischen bekannt war, dass die Verwaltung über die oben beschriebene (hinterhältige ?) Verfahrensweise, welche gestoppt werden konnte, versucht hat, eine **sofortige Veränderungssperre** und **Genehmigungspflicht** über alle baulichen Anlagen ohne Kenntnis der betroffenen Bürger auf kaltem Wege durchzusetzen um so **Verfügungsrechte** über das Eigentum der Bürger zu erlangen. Die Bürger sollten anschliessend lediglich vor **vollendete Tatsachen** gestellt und nur informiert werden ! Das ist Fakt !

Die Amtsvertreterin berichtete **wahrheitswidrig** !

Auch der Versammlungsleiter wollte die Kritik an den verfälschenden Äusserungen der Amtsvertreterin nicht zulassen. Da wurde es laut ! Sachlich, nicht emotional - wie Sie meinen berichten zu können.

Auch die Versuche, die Versammlung müde zu reden durch langatmige Darstellungen ihrer Rechtsprobleme und alter Haustypen, ein probates Verfahren, an den Fakten vorbeizureden, stiess auf Widerspruch.

Als Frau von Bonin zum Besten gab, sie hätte **nie** eine Erhaltungssatzung gefordert und dies klar widerlegt wurde (da fiel das Wort "Lügnerin") und dann noch eingestand, sie hätte nicht gewusst, was eine Erhaltungssatzung sei, immerhin als Bezirksvertreterin, erntete die arme Frau den mit Abstand grössten Lacherfolg des Abends.

Als die Vertreterin des Amtsleiters Dr. Heintz, der es offensichtlich vorgezogen hatte nicht zu erscheinen, dann noch darauf hingewiesen werden musste, dass sie offensichtlich die Bestimmungen der §§ 172 und 173 BauGB mit Hinweisen auf die §§ 40, 43 und 44 BauGB nicht richtig sortiert hatte, gingen auch dem Versammlungsleiter die Argumente aus, der Frau Rederaum zu verschaffen. Diese Gesetzeslage könnte der Stadt ein finanzielles Entschädigungsrisiko von ca. 100 bis 150 Mio. € einbringen.

Leider kommt bei allem Verständnis für die redaktionellen Verkürzungen in Ihrer Berichterstattung ein möglichst objektives Bild zu kurz.

Ich hoffe, Ihnen die oben dargestellten Fakten verständlich gemacht zu haben, die alle belegbar und nachweisbar sind.

Ihr Aufmacher "Aufstand in der Waldsiedlung" trifft allerdings die Stimmung richtig. Seit Jahren, in regelmässigen Abständen, versucht die Verwaltung, ob das der B-Plan 87, die Altlastenbehandlung in den 90er Jahren und neuerdings mit der "Erhaltungssatzung" Zugriff auf die Immobilienwerte der Waldsiedlung auf undemokratischer Weise zu erlangen. Bistlang wurden die Versuche durch die Bürger und vernünftige Rats- oder Gerichtsentscheide erfolgreich abgewehrt.

Hier geht es nicht um Vorgärten, wie Frau Slonicky in einmütiger und nicht nachvollziehbarer Allianz mit Frau von Bonin und den Grünen versucht durchzusetzen.

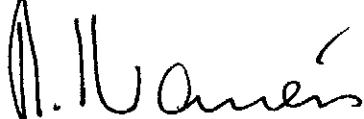
Es lässt sich vermuten, dass es sich hier um eine verdeckte und stufenweise Enteignung von Bürgerrechten und Bürgereigentum - jedenfalls drängt sich dieser Eindruck auf - geht.

Durch gezielt falsche Informationen sollen die Bürger zerstritten werden um dann den Staat rufen zu können, der Ordnung schaffen soll (!) - frei nach dem Motto : " divide et impera " !, eine alte, nicht destotrotz aktuelle Kampfweise und -taktik.

Wir Waldsiedler können nur hoffen, dass unsere Anliegen ernst genommen werden.

Dies Ihnen zur Hintergrundinformation und Hinweis, wie gelegentlich in unserer Stadt Politik gemacht wird, das betrifft auch die Bürger, die nicht in der Waldsiedlung leben.

Mit freundlichen Grüßen



Rolf Kraneis

ps. diesen Brief werde ich Frau von Bonin z.Ktn. - fairnishaiber - geben, ebenso dem Leverkusener Anzeiger, der offenbar die gleichen Probleme hat, die Stimmung richtig wiederzugeben.